

30. IV. 1917

19

Kriegsziele und Friedenspolitik.

Die amtlichen und halbamtlichen Kundgebungen.

Wien, 30. April.

Die vor einigen Tagen veröffentlichte Kundgebung über die Friedensfrage hat zu lebhaften Besprechungen geführt. Die Monarchie, so wurde darin gesagt, habe absolut keine aggressiven Pläne gegen Rußland und beabsichtige auch nicht, ihr Gebiet auf dessen Kosten zu erweitern. Es ist ein wichtiger Nachteil, daß in Oesterreich die Untersuchung der nötigen Kriegsziele nicht mit der wünschenswerten Freiheit zugelassen wird. Das Publikum hört gewöhnlich nur von Kundgebungen, die amtlich sind oder deren amtlicher Ursprung von einem dünnen Schleier kaum verhüllt wird. Es wäre jedoch ein dringendes Bedürfnis, zu zeigen, welche Strömungen in der Friedensfrage in der öffentlichen Meinung sind, was sie denkt und fühlt, welche Ergebnisse es Krieges sie für unentbehrlich oder für nützlich hält. Die freie Besprechung wäre schon deshalb zu empfehlen, weil in den künftigen Friedensverhandlungen jeder Anspruch mit dem Zeugnis belegt sein müssen, daß er sich einerseits auf die im Kriege geschaffenen Tatsachen und andererseits auf Wünsche des Volkes stützt. Die Vertreter der Entente bemühen sich fortwährend, ihre Handlungen so darzustellen, als wären sie unter dem Einflusse und sogar unter dem Drucke des Volkswillens. Im Konferenzsaale, wo über den Frieden gesprochen werden wird, dürfte der Hinweis auf den Volkswillen einer der großen Trümpe sein. Der Volkswille in der österreichisch-ungarischen Monarchie ist gewiß auf den Abschluß eines ehrenvollen und besonnenen Friedens gerichtet. Das bedarf keiner Feststellung. Auch wäre ein früherer Beweis überflüssig, daß der Standpunkt, den die verbündeten Regierungen gegenüber dem jetzigen Rußland innehaben, die Versicherung, daß sie in die inneren Angelegenheiten dieses Reiches sich nicht einmischen und freundliche Nachbarschaft anstreben, in der Monarchie und in Deutschland aus allgemeinen Volksüberzeugungen kommen.

Aber damit ist nicht alles gesagt. Auch nicht mit der Erklärung, daß wir keine aggressiven Pläne gegen Rußland haben und auch nicht beabsichtigen, unser Gebiet auf dessen Kosten zu erweitern. Die öffentliche Meinung in der Monarchie braucht, daß ihr die Gelegenheit nicht entzogen werde, sich zu einer klaren Vorstellung ihrer Kriegsziele nach allen Richtungen durchzuarbeiten. Die amtliche Politik würde in solchen Besprechungen die in unserer Zeit unentbehrlichen Grundlagen einer volkstümlichen und sogar volkstümlich gebotenen Politik haben. Was jetzt nur als amtliche Auffassung erscheint, würde dann als eine aus dem Publikum hervorgehende Notwendigkeit sichtbar werden. Das jetzt eine Forderung der Regierung ist, würde dann eine Forderung an die Regierung sein. Deutschland hat die Freiheit der Erörterung zugelassen und dort äußern sich die verschiedenen Parteien ohne die Gebundenheit, die zur Folge hat, daß der Volkswille, auf den sich die Diplomaten bei den Verhandlungen über den Frieden werden berufen müssen, verdunkelt wird. Es mag sein, daß in Deutschland weitgehende Ansprüche sich zu Gehör bringen. Aber die Verteidiger einer gemäßigten Politik haben ebenfalls die Gelegenheit, das Volk für sich zu gewinnen. Aus solchen Debatten kann sich die Wahrheit über die Gesinnungen und Stimmungen ergeben. Da die Entente immer so tut, als hätte sie die Freiheit gepachtet und als würde außerhalb

ihres Gebietes nur Knechtschaft sein, ist es ohne Zweifel ein Vorteil, wenn die Erörterung der Kriegsziele beweist, daß die Politik der Regierungen in der Friedensfrage keine Zufälligkeit, kein persönlicher Wille eines Ministers, sondern das Ergebnis der Wünsche, der Bedürfnisse und der Hoffnungen des Volkes sei.

Diese Beglaubigung wird jeder Unterhändler über den Frieden brauchen. Die Erörterung der Kriegsziele in der österreichisch-ungarischen Monarchie würde zeigen, daß die Anschauungen gemäßigter seien und daß Neigung zu Uberschwenglichkeiten nirgends besteht. Wenn die öffentliche Meinung sich ohne Rücksicht äußern könnte, würde die Bestätigung nicht fehlen, daß eine gemäßigte Regierungspolitik der Widerschein einer gemäßigten Volkspolitik sei, unter deren Einfluß die amtlichen Kreise sowie die verantwortlichen Personen sprechen und handeln. Den Erörterungen der Kriegsziele in Deutschland stehen bisher nur die mehr oder weniger amtlichen Kundgebungen in der Monarchie gegenüber. Dort kommen die Parteien zu Wort, dort suchen die breiten Strömungen sich durchzusetzen, während hier die Antwort auf die Frage erst gegeben werden müßte. Was sagen die Bürger der Monarchie, die Träger ihrer Lasten und die Schichten, deren wirtschaftliche Kräfte die Bestimmung haben werden, nach dem Frieden den zerstörten Wohlstand wieder aufzubauen? Die freieste Aeußerung würde gewiß die Erkenntnis bringen, daß die weitesten Volkskreise mit einer gemäßigten Friedenspolitik übereinstimmen. Aber der Beweis fehlt und nirgends ist ein zwingender Grund zu finden, ihn nicht zuzulassen.

Wenn in Deutschland jedem Bürger das Recht gegeben wurde, über sämtliche Kriegsziele vor der Öffentlichkeit zu sprechen, wenn dort die Einzelheiten der Friedensfrage schon jetzt in den Blättern oder in sonstigen Druckschriften dargelegt werden, wird es der Entente schwer fallen, in den künftigen Friedensverhandlungen deutsche Wünsche wie bloße persönliche Wünsche zu behandeln. Die österreichisch-ungarische Monarchie muß ebenfalls in die Lage kommen, daß jeder ihrer Friedensunterhändler die Bescheinigung der Eintracht zwischen Regierung und Volk in den Konferenzsaal bringen könne. Das würde noch einen anderen Vorteil haben. Die Freiheit der Erörterung in Deutschland und die Gebundenheit in der Monarchie, wo meistens nur amtliche und halbamtliche Kundgebungen bekannt werden, diese Verschiedenheit könnte zu falschen Auslegungen führen, während nur ein Gegensatz in dem Maße des Rechtes der Meinungsäußerung vorhanden ist. Wie die deutsche Friedenspolitik von den Parteien in Deutschland, welche ihre Ansprüche höher spannen, bekämpft wird, kann auch die österreichisch-ungarische Friedenspolitik von denselben Parteien nicht unangefochten bleiben. Aber diese Kritik würde als das erscheinen, was sie wirklich ist, wenn in Wien die gleichen Erörterungsmöglichkeiten geboten würden wie in Berlin. Das Bündnis zwischen der Monarchie und Deutschland ist so felsenfest, daß kaum noch etwas darüber gesagt werden kann, was nicht auf hundert Schlachtfeldern zum allgemeinen Bewußtsein in Europa geworden wäre. Dieses Verhältnis ist die politische Luft, die wir hier und dort einatmen und zum Leben brauchen. Daran ist nicht zu rütteln und nicht zu rühren. Aber die Ungleichheit in den Rechten der öffentlichen Meinung, die Beschränkungen hier und die Freiheit dort haben schon oft falsche und meistens uns schädliche Eindrücke hervorgerufen.